

GUTES WOHNEN IN HESSEN.

DAFÜR SIND **VOLKER BOUFFIER** UND DIE **CDU** VERANTWORTLICH:

- **14 Jahre Untätigkeit:** Die CDU-geführte Landesregierung hat 14 Jahre lang nichts gegen die explodierenden Mieten im Ballungsraum getan.
- **Mittelkürzung für Kommunen:** Durch die Streichung der Fehlbelegungsabgabe und Kürzung von 344 Millionen Euro jährlich im kommunalen Finanzausgleich wurden den Kommunen notwendige Mittel für den sozialen Wohnungsbau entzogen.
- **Immer weniger Sozialwohnungen:** Die Zahl der hessischen Sozialwohnungen ist seit Regierungsübernahme von CDU und FDP um ein Drittel gesunken.
- **Alles nur Fassade:** Das von der CDU nach jahrelanger Untätigkeit nun im Wahlkampf plötzlich angekündigte „Sonderprogramm“ ist bei genauerer Betrachtung nicht mehr als der sprichwörtliche „Tropfen auf dem heißen Stein“ und besteht zum Teil aus Geldern, die der Bund ohnehin zur Verfügung stellt.

SO ENTLASTEN WIR DEN MIETWOHNUNGSMARKT IN HESSEN FÜR ALLE MIETERINNEN UND MIETER:

1. WIR STÄRKEN DEN SOZIALEN WOHNUNGSBAU.

Wir werden den Bau neuer Sozialwohnungen in Hessen verdoppeln. Das heißt pro Jahr 1500 neue Sozialwohnungen.

2. WOHNUNGEN FÜR DIE MITTE DER GESELLSCHAFT.

Wir werden für untere und mittlere Einkommen den Bau von weiteren 1000 Wohnungen pro Jahr ermöglichen.

3. KEINE PRIVATISIERUNG ÖFFENTLICHER WOHNUNGSGESELLSCHAFTEN.

Wir stärken die öffentlichen Wohnungsunternehmen wie beispielsweise die Nassauische Heimstätte und erteilen einer Privatisierung eine Absage.

4. BEZAHLBARER WOHNRAUM AN HOCHSCHULSTANDORTEN.

Wir werden pro Jahr mindestens 1.000 neue Wohnheimplätze für Studierende schaffen und zusätzlich weitere Maßnahmen für mehr studentischen Wohnraum in die Wege leiten.

5. DIE SOZIALE ENERGIEWENDE.

Wir werden ein Programm zur energetischen Sanierung von Wohnungen auf den Weg bringen.

DAS WERDEN WIR DARÜBER HINAUS GEMEINSAM MIT EINER SPD-GEFÜHRTEN BUNDESREGIERUNG UMSETZEN:

1. MIETPREISBREMSE UND MIETERRECHTE.

Wir setzen uns im Bundesrat für eine mieterfreundliche Gesetzgebung und eine wirksame Mietpreisbremse ein.

2. SCHLUSS MIT AUFGEZWUNGENEN MAKLERGEBÜHREN.

Im Ballungsraum sind Mieter oft gezwungen, bis zu drei Kaltmieten zu bezahlen, um eine Wohnung zu bekommen. Wir werden dafür sorgen, dass die Kosten für Immobilienmakler in Zukunft nicht mehr auf die Mieter abgewälzt werden dürfen, sondern vom Auftraggeber bezahlt werden.

3. BEZAHLBARE ENERGIEKOSTEN.

Wir setzen uns für eine Senkung der Stromsteuer und die Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses ein, um die Energiekosten für alle Haushalte bezahlbar zu halten.

